Hilfe! Zu viel Ökostrom

Überschüssiger Strom wird an der Strombörse verschenkt.

Überschüssiger Ökostrom treibt die Preisspirale an und gefährdet die Versorgung Deutschlands mit Strom. Laufend wird der Strompreis erhöht, um die Kosten einer unsinnigen Energiepolitik aufzufangen. Trotzdem wollen die Bundesregierung und die Landesregierungen mit Unterstützung der Gemeinden die unwirtschaftliche Windenergie und Solarenergie weiter ausbauen.

In Deutschland produzieren Windanlagen und Solaranlagen immer häufiger mehr Energie, als gerade gebraucht wird. Ursache ist die maximale Leistung, die die Ökostromanlagen bei Starkwind und bei starker Sonneneinstrahlung abgeben. Vor allem nachts und an Wochenenden ist sie oft höher als die nachgefragte Leistung. Dann stellt sich die Frage: 'Wohin mit dem überschüssigen Strom?'. Nach dem planwirtschaftlichen EEG Erneuerbaren Energien Gesetz muss der Ökostrom gegen eine feste und hohe Vergütung, die den Strom kräftig verteuert, in das Netz eingespeist werden. Ökostrom ist im Mittel fünf Mal teurer als Strom aus konventionellen Kraftwerken.

Um überflüssigen und teuren Strom loszuwerden, wird er an der Strombörse verschenkt. Die Abnehmer erhalten häufig sogar ein Aufgeld. Im Extremfall wurden bis zu 50 Cent pro Kilowattstunde gezahlt. Man spricht dann von Negativpreisen. Auch dies muss der Stromkunde bezahlen. Herr Trittin und Frau Künast von den Grünen brüsten sich öffentlich: 'Ökostrom drückt die Preise.' Offensichtlich kennen sie die Auswirkungen ihrer eigenen Gesetze nicht.

Wenn sich für Überschussstrom trotz Negativpreise keine Abnehmer finden, werden Ökostromanlagen abgeschaltet. Andernfalls stoppen Überlastsicherungen automatisch die Versorgung ganzer Netzbereiche. Der Betreiber hat jedoch keinen Nachteil. Nach § 12 des EEG erhält er für den nicht gelieferten Strom eine Ausfallentschädigung von 95 Prozent der Einspeisevergütung. Wird häufiger im Jahr abgeschaltet, steigt die Entschädigung sogar auf 100 Prozent. Auch diese Kosten werden auf den Strompreis aufgeschlagen.

Unwirtschaftliche und unzureichende Stromspeicher
Nach den Vorstellungen der Politik soll überschüssiger Strom gespeichert werden. Die bis jetzt finanziell günstigste Möglichkeit sind Pumpspeicherwerke [1], die nur einen Stromverlust von 20 Prozent aufweisen. Um eine Kilowattstunde Strom zu speichern, muss ein Kubikmeter Wasser 360 Meter hoch gepumpt werden. Solche Wasserspeicher reichen nicht aus, um auch nur kurzfristig die landesweite Stromversorgung sicherzustellen. Alle Pumpspeicherwerke in Deutschland zusammen können nur circa zehn Prozent der Netzleistung liefern. Und nach sechs Stunden sind die Wasserbecken leer. Die Stromverluste von Druckluftspeichern in Kavernen [2] liegen bei 50 bis 60 Prozent. Die Speicherung als elektrolytisch gewonnener Wasserstoff und die Rückumwandlung in Strom hat sogar Verluste von 80 bis 90 Prozent. Hier handelt es sich um physikalische Prozesse, die auch durch einen einstimmigen Parlamentsbeschluss nicht geändert werden können. Dies scheint manchen Politikern nicht klar zu sein.

Die Netzkosten steigen
Die von der Bundesregierung propagierte 'Energiewende' fordert und fördert immer mehr Windanlagen und Solaranlagen, die naturgemäß über das Land verstreut sind. Die Einspeisung erfolgt in lokale Versorgungsnetze, die nur für den Bedarf der Stromkunden ausgelegt sind. Den hohen Leistungen von Energieparks sind sie nicht gewachsen. Nach Angaben von Katherina Reiche, parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, müssen für die Einspeisung des Ökostroms 200.000 Kilometer der Verteilernetze ertüchtigt werden. Die Kosten hierfür sind weitaus höher als die geschätzten 15 Milliarden Euro für die geforderten und geplanten rund 4.000 Kilometer Höchstspannungstrassen von Norddeutschland nach Süddeutschland.

Nach den Vorschriften des EEG muss der Netzbetreiber den Anschluss von Ökostromanlagen sicherstellen. Den Netzbetreibern fehlen jedoch die finanziellen Mittel zum Ausbau der Netze. Hier wurden aus einem Wunschdenken heraus undurchführbare Gesetze erlassen. Zur Finanzierung sollen nun die Netzkosten kräftig erhöht werden. Damit kommt ein weiterer Kostenschub auf die Stromverbraucher zu.

Schattenkraftwerke sind unrentabel
Für jede Windstromanlage und Solarstromanlage muss die gleiche Leistung aus einem Kernkraftwerk, Kohlekraftwerk oder Gaskraftwerk bereitstehen, die zugeschaltet wird, sobald weniger Sonne scheint oder weniger Wind weht. Die Ökostromkraftwerke müssen sekundenschnell durch konventionelle Kraftwerke ersetzt werden. Der Ausbau von Ökostromanlagen führt zu einer sinkenden Jahresproduktion der immer bereitstehenden Schattenkraftwerke. Deren Erzeugerpreis steigt und ihre Rentabilität sinkt. Der Bau von geplanten Gaskraftwerken, die schnell regelbar sind, wurde in vielen Fällen zurückgestellt, weil kein wirtschaftlicher Betrieb möglich ist. Es wurde nach staatlicher Hilfe gerufen.

Die E-ON AG hat bekanntgegeben, sie wolle zwei Gaskraftwerke stilllegen, die unwirtschaftlich seien, da sie nur 100 Stunden im Jahr Strom erzeugten. Diese Kraftwerke werden jedoch gebraucht, um das Stromnetz stabil zu halten. Mit ihrer Ankündigung möchte E-ON eine staatliche Preisgarantie für diesen Spitzenstrom erreichen, um die Kosten zu decken. Mit anderen Worten: Auch der Strom aus den Schattenkraftwerken soll unter den planwirtschaftlichen Mantel des EEG. Dies erzeugt einen weiteren kräftigen Kostenschub für die Stromkunden.

Stromkostenzuschüsse für Geringverdiener
Jede neue Ökostromanlage erhöht die Stromkosten direkt durch die hohen Einspeisevergütungen und indirekt durch steigende Netzgebühren und höhere Kosten für die Schattenkraftwerke. Viele Mitbürger mit geringem Einkommen können die steigenden Stromrechnungen nicht mehr bezahlen. Nach Zeitungsberichten wurden mehr als 600.000 Haushalte in Deutschland wegen offener Rechnungen der Strom abgeschaltet. Die Tendenz ist weiter steigend. Die Bundesregierung und die Landesregierungen samt der etablierten politischen Parteien reagieren auf diese kritische Entwicklung nicht mit einem Baustopp weiterer preistreibender Ökostromanlagen. Die 'Stromwende' wird ohne Rücksicht auf die Kosten durchgesetzt. So soll es künftig Stromkostenzuschüsse aus Steuergeldern für Geringverdiener geben. Auch diese Kosten muss der Steuerzahler aufbringen.

Verdopplung der Stromkosten noch vor 2020
Die deutsche Energiepolitik basiert auf unsicheren und nachweisbar falschen Klimaprognosen, auf nicht realisierbaren Hoffnungen und einer Fehleinschätzung der physikalischen Möglichkeiten. Die künftige Energieversorgung wird weitgehend als Möglichkeit beschrieben. Dabei sind die Kosten für die von der Bundesregierung geplanten 'Energiewende' bekannt und können recht genau kalkuliert werden. Die direkten und indirekten Kosten für Strom werden sich bis zum Jahr 2020 mehr als verdoppeln, wenn mit dem Ausbau der Windanlagen und Solaranlagen wie geplant fortgefahren wird. Auch die Umweltzerstörung durch Ökostromanlagen und neue Stromtrassen ist bekannt. Massive Eingriffe in die Landschaft, Artenverluste vor allem in der Vogelwelt und wirtschaftliche Nachteile ohne Entschädigung für Anwohner werden mit der 'alternativlosen Energiewende' begründet. Im Gegensatz zu Deutschland erkennen die Nachbarstaaten mögliche Alternativen und nutzen sie.

Das unsoziale EEG provoziert den ideologisch motivierten unwirtschaftlichen Ausbau von Ökostromanlagen. Jede neue Ökostromanlage ist eine Anlage zu viel und schafft Probleme. Ohne das EEG gäbe es keine mit hohen Einspeisevergütungen gestützten Windanlagen und Solaranlagen. Ein Netzausbau wäre nicht nötig. Die Stromversorgung wäre nicht gefährdet. Die Kernkraftwerke können abgeschaltet werden, wenn sie durch Kohlekraftwerke ersetzt werden, ohne dass höhere Stromerzeugungskosten anfallen. Die NAEB Nationale Anti-EEG Bewegung e.V. mahnt die verantwortlichen Politiker mit

ihrem Internetauftritt www.naeb.info , ihren Amtseid zu folgen, nämlich 'Schaden von der Bundesrepublik Deutschland abzuwenden' und fordert die sofortige Abschaffung des EEG.

Prof. Dr. Hans-Günter Appel
Beiratsvorsitzender NAEB e.V.

Quellen:
[1] http://de.wikipedia.org/wiki/Pumpspeicherkraftwerk
[2] http://de.wikipedia.org/wiki/Druckluftspeicherkraftwerk

Pressekontakt

NAEB Nationale anti-EEG Bewegung e.V.

Herr Heinrich Duepmann
Waldseeweg 28
13467 Berlin

NAEB.info
info@NAEB.info

Firmenkontakt

NAEB Nationale anti-EEG Bewegung e.V.

Herr Prof.Dr. Hans-Günter Appel
Waldseeweg 28
13467 Berlin

NAEB.info
Hans-Guenter.Appel@NAEB.info

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG-Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie/Voltaik ins Strom-Netz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch, und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen für Investitionen in Windkraftwerke und Voltaik statt. naeb e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Anlage: Bild